

Antrag
(Alternativantrag)

der Fraktion der CDU

zu dem Antrag der Fraktion der AfD
- Drucksache 7/6306 - Neufassung -
Für eine zuverlässige, bezahlbare, unabhängige und um-
weltfreundliche Energieversorgung: Ja zur Kernenergie,
Ja zur Hochtechnologie, Ja zur Zukunft

Kein Ausstieg aus der Kernenergie ohne funktionieren-
de Alternativen - Energieversorgung auch für Thürin-
gen sichern

- I. Der Landtag stellt fest, dass
 1. die deutschen Kernkraftwerke gebaut sind und sicher laufen, weshalb ein Weiterbetrieb in einer Situation, in der jeder Energieträger gebraucht wird, unbedenklich und sogar angezeigt ist;
 2. Deutschland mit Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2, aber auch Brokdorf und Grohnde, über fünf bestehende und nicht im Rückbau befindliche Anlagen auf weltweit höchstem technologischem und sicherheitstechnischem Niveau verfügt;
 3. die deutschen Kernkraftwerke bereits abgeschrieben sind und nun zu geringen Kosten Strom produzieren;
 4. die Nutzung der Kernenergie, insbesondere im Vergleich zu Reaktivierung von alten Kohlekraftwerken, mit einem deutlich geringeren Ausstoß an Kohlenstoffdioxid verbunden ist;
 5. es wirtschaftlich absurd ist, hohe Millionenbeträge für den Rückbau von Anlagen auszugeben, die sicher und günstig weiterbetrieben werden können;
 6. ein faktisches Exportverbot deutscher Anlagentechnologie einen massiven Wettbewerbsnachteil für die deutsche Industrie darstellt;
 7. die weitere Erforschung der Kernenergie zu noch effizienteren Verfahren führen und die Frage der Endlagerung entschieden entspannen wird;
 8. die deutsche Energieversorgung weder derzeit noch in sehr naher Zukunft alleine durch Wind- und Sonnenenergie zu gewährleisten sein wird.

- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass
1. für die fünf bestehenden und nicht im Rückbau befindlichen Druckwasserreaktorkraftwerke neue Brennelemente, zum Beispiel aus Kanada, erworben werden;
 2. die Nutzung der Kernenergie mindestens bis zum Ende dieses Jahrzehnts fortgesetzt wird;
 3. in Deutschland weiterhin Kerntechnologieforschung betrieben wird und dafür Mittel im Bundeshaushalt eingestellt werden;
 4. deutsche Unternehmen Produkte für den Bau von Kernkraftwerken mindestens ins europäische Ausland exportieren dürfen.

Begründung:

Nach dem Willen der Bundesregierung markiert der 15. April 2023 den endgültigen Ausstieg der Bundesrepublik Deutschland aus der Kernenergie. Dies ist ein historischer Fehler. Mit dem Ukraine-Krieg haben sich auch die energiepolitischen Parameter völlig verändert. Kernkraft ist sowohl grundlastfähig als auch CO₂-frei und bietet damit eine Chance, unsere Klimaziele zu erreichen und gleichzeitig eine gesicherte Stromversorgung zu gewährleisten. Die deutschen Kraftwerke sind, um es mit den Worten des Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz in Bezug auf ukrainische Kernkraftwerke zu sagen, "ja gebaut" und laufen sicher und ein Festhalten daran ist "völlig klar" und "auch in Ordnung". Sie sind auch wirtschaftlich bereits abgeschrieben und können Strom deshalb günstig erzeugen. Auf sichere und günstige Energie ist auch Thüringen angewiesen, um seine industrielle Substanz und damit die Basis unseres Wohlstands zu wahren.

Anders als in vielen europäischen Nachbarländern könnte Deutschland die Kernenergie ohne den kostspieligen Bau neuer Reaktoren nutzen. Sechs außer Betrieb gestellte Reaktoren befinden sich noch nicht im Rückbau. Fünf davon - Isar 2, Emsland, Neckarwestheim 2, Brokdorf und Grohnde - gehören der weltweit modernsten und sichersten Kraftwerksgeneration an. Bedingt durch diesen Bestand an funktionsfähigen und sicheren Reaktoren hat eine Energieerzeugung durch Kernkraft nirgendwo mehr Sinn als in Deutschland.

Die deutsche Vision einer Energiezukunft, die maßgeblich auf erneuerbaren Energien fußt, aber Gaskraftwerke für den Ausgleich von Spitzenlasten vorsieht, ist durch die Veränderungen in der Gasversorgung ins Wanken geraten. Frühere Entscheidungen zum Ausstieg aus der Kernenergie mögen zum damaligen Zeitpunkt tragfähig gewesen sein. Politik muss sich jedoch veränderten Realitäten anpassen und auf Veränderungen der Weltlage reagieren. Am endgültigen Aus der Kernenergie festzuhalten, obwohl das bisherige Versorgungsszenario für die Zukunft nicht mehr trägt, widerspricht jeder Vernunft. Die Versorgung mit sauberer, sicherer und bezahlbarer Energie muss der deutschen Politik wichtiger sein als der Verzicht auf Angriffe auf das Lebenswerk ausgedienter grüner Politiker.

Noch absurder als die Abschaltung zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt erscheint der Wunsch, auch aus der Forschung auszusteigen. Deutschland muss High-Tech-Land bleiben und sollte bei der Entwicklung neuer Generationen von Reaktoren nicht an der Seitenlinie stehen. Auch und gerade weil zukünftige Entwicklungen die Chancen bieten, dass was heute als Atommüll noch in ein Endlager gebracht werden soll, stattdessen als Rohstoff zur weiteren Energieerzeugung zu verwenden.

Thüringen verfügt selbst nicht über Kernkraftwerke und kann der Bundesrepublik deshalb beratend zur Seite stehen. Dennoch sollte die Landesregierung es nicht versäumen, ihren Einfluss über den Bundesrat geltend zu machen, um für eine logische statt eine ideologische Energiepolitik zu werben.

Für die Fraktion:

Bühl